

Jung, blond und bibelfest

Vor vier Jahren verlor der einzige Aargauer EVP-Nationalrat Heiner Studer seinen Sitz in Bern. Jetzt macht sich seine Tochter Lilian Studer daran, das Mandat zurückzuerobern. Sie will aber mehr sein als nur die Tochter des Vaters.

CHRISTIAN KAMM

BADEN. So wie sie da sitzt, würde man ihr die Politaktivistin nicht geben. Stilvoll gekleidet, grazil, freundlich im Ton und dezent geschminkt – für die Verhältnisse der Evangelischen Volkspartei sogar mehr als dezent. Und doch: Lilian Studer, die, wie sich herausstellt, auch über ein entwaffnendes Lächeln verfügt, hat eine militante Seite. 2007 war's, als die damalige Präsidentin der Jungen EVP eine politische Kommando-

23. Oktober WAHLEN

aktion ihrer Getreuen anführte. Ziel waren Migros-Plakate, auf denen sich Nationalratskandidatinnen in Dessous räkelten – zu sexy für den EVP-Nachwuchs, der die Kandidatinnen auf den Plakaten über Nacht mit züchtigen Kleidern ausstattete. In weiser Voraussicht war der dabei verwendete Leim allerdings ein ablösbarer, sonst sässe man in der Badener Altstadt jetzt wohl einer Vorbestrafter gegenüber.

Der Kaktus hält länger

Ist das also diese Lilian Studer, die gute Chancen hat, ab kommenden Herbst unter der Bundeshauskuppel zu politisieren? 33jährig, Lehrerin für Textiles Werken, Mitglied der evangelischen Landeskirche und der Freikirche Living Center Baden. Übrigens hat die Kleideraktion Studer damals nationale Bekanntheit eingebracht und von der «Schweizer Illustrierten» gab's für so viel Bigotterie gar einen «Kaktus».

Studer hat nichts zurückzunehmen. «Das war ja das Spannende bei den Jungen», sagt sie heute. «Man darf auch einmal etwas frech sein. Das hat mir gefallen.» Und sie verfügt offenkundig selber auch über Humor. Jedenfalls hat sie sich bei der SI für den Kaktus bedankt. «Der ist doch viel langlebiger als eine Rose, die bald verwelkt.» Würde sie es wieder tun? «Schon. Es hat rechtlich verhebt und viele Leute zum Schmunzeln gebracht.»

Wie passt das zusammen?

Wer sich mit Lilian Studer beschäftigt, muss sich mit – ver-



Bild: Christian Kamm

Wo fährt der Zug nach Bern? – Lilian Studer kandidiert auf dem ersten Listenplatz der EVP Aargau für den Nationalrat.

meintlichen? – Widersprüchen beschäftigen. Sie sieht nicht aus wie die brave EVP, spricht aber immer wieder so: von den traditionellen christlichen Werten zum Beispiel, die wieder hochgehalten, gar verteidigt werden müssen. Sie macht Dinge, die man von der als altbacken verschrieenen EVP nicht erwartet, beteuert gleichzeitig aber, wie wohl sie sich in dieser Partei fühlt. Wie passt das zusammen?

Würde man alles mit dem «Wie der Vater, so die Tochter»-Schema erklären, machte man es sich wohl zu leicht. Ja, Lilian Studer stammt aus einer bekennenden christlichen Familie, einem EVP-Haushalt. Ja, ihr Vater Heiner sass bis 2007 acht Jahre für die EVP im Nationalrat und präsidiert die Partei. Die Mutter, eine gebürtige Norwegerin, ist Religionslehrerin.

Sicher nie mit kurzen Hosen

Trotzdem will sich die politisierende Tochter nicht einfach auf den Vater reduzieren lassen. Zwar habe sie von ihm die Freude am Engagement und an Menschen

mitbekommen und ebenso den Willen zur konstruktiven Zusammenarbeit anstelle des Polarisierens. Im Vater sieht sie schon ein Vorbild, eine Art Lehrmeister. Doch gebe es Unterschiede: im Auftreten etwa und punkto Dynamik. Heute seien Äusserlichkeiten viel wichtiger – und sie werde sicher nie kurze Hosen tragen wie ihr Vater, lacht Lilian Studer.

Ausserdem hätte sie nie gedacht, einmal in der Politik zu landen. «Ich bin keine typische Politi-

kerin», sagt Studer über sich. Dass das Politische sie schliesslich doch gepackt hat, hängt zum einen mit den vielen Einflussmöglichkeiten zusammen, die sich ihr hier bieten. So kann sie, getreu ihrem idealistischen Credo, «für unseren Lebensraum und jene Leute einstehen, die das nicht selber tun können».

Zweitens vermag Lilian Studers Arbeit im Aargauer Grossen Rat vieles zu erklären. Schon seit neun Jahren sitzt sie im Kantonsparlament, war dort lange Jahre die jüngste Frau. Sie sei «ins kalte Wasser geworfen» worden, habe von Anfang an mitgeredet, um schnell ein eigenes Profil zu entwickeln und aus dem langen Schatten ihres Vaters hinauszutreten. Den meisten sei ja bewusst gewesen, wer ihr Vater sei, erinnert sie sich. «Und die Gefahr bestand, dass die dann denken: Ja, ja, jetzt kommt dieses Mädchen...»

Unterdessen präsidiert Lilian Studer die EVP-Fraktion und vom Image einer «ewigen Tochter» keine Spur. «Manchmal passiert jetzt auch das Gegenteil, und mein

Vater ist der Vater von Lilian Studer», sagt sie selbstbewusst. Das nennt sich dann wohl geglückter Stabwechsel.

Bibel nicht um die Ohren hauen

So wenig sich Lilian Studer die Attribute Tochter, jung und blond anhängen lässt, so wenig will sie in die Fundamentalismus-Kiste versorgt werden. Sondern: «Ich stehe mittendrin in der Gesellschaft.» Studer beruft sich auf die christlichen Werte, glaubt, «dass es einen Gott gibt, der unseren Lebensraum und mich erschaffen hat». Es könne aber nicht darum gehen, nun mit der Bibel in der Hand zu politisieren. «So einfach ist es nicht.» Sie wolle niemandem die Bibel um die Ohren hauen, beteuert Studer. Wenn jemand etwa zum Islam konvertieren wolle, könne sie ihn nicht davon abhalten. «Ich kann sagen, was ich glaube, was mich trägt und das vorleben. Aber jemandem meine Wertvorstellungen überstülpen, das geht nicht» – sagt Lilian Studer und lächelt einmal mehr entwaffnend.

SERIE

Die Newcomer

Wir blicken über die Ostschweiz hinaus und porträtieren in loser Folge Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker sowie politische Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger aus der ganzen Schweiz, die bei den National- und Ständeratswahlen im kommenden Herbst intakte Chancen haben, tatsächlich gewählt zu werden. (red.)

Referendum gegen das CO₂-Gesetz

BERN. Die kleinen Autohändler in der Schweiz wollen für den Import von Neuwagen mit einem hohen CO₂-Ausstoss keinen Zuschlag bezahlen. Sie haben deshalb das Referendum gegen das im März revidierte CO₂-Gesetz ergriffen. Auf einer Internetseite www.keinpreisdictat.ch argumentiert der Verband freier Autohandel Schweiz, dass das revidierte CO₂-Gesetz den kleinen Autohändlern massive Wettbewerbsnachteile bringen würde. Die Änderungen im CO₂-Gesetz hatte das Parlament als indirekten Gegenvorschlag zur Offroad-Initiative beschlossen. Die Initiative wurde darauf von den Jungen Grünen zurückgezogen. Im Moment lässt die Partei allerdings abklären, ob sie die Volksinitiative reaktivieren könnte. Der indirekte Gegenvorschlag sieht vor, dass neu zugelassene Autos nur noch 130 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstossen dürfen. Für Neuwagen, die die Vorgabe nicht erfüllen, müssen Hersteller oder Importeure einen Zuschlag bezahlen. (sda)

Wie viele Soldaten dürfen's denn sein?

Heute und morgen treffen sich die Sicherheitspolitiker in Rapperswil. Thema: Der Kauf neuer Kampffjets und die Grösse der Armee. Es droht ein Wunschkonzert im Zeichen des Wahlkampfes.

STEFAN SCHMID

Die Armee fristet in Zeiten des Wahlkampfes ein Schattendasein. Es gibt dringendere Geschäfte zu besprechen – gewiss. Doch just wenige Wochen vor den Wahlen steht in der Herbstsession im Nationalrat eine Grundsatzdebatte sowohl über die künftige Grösse der Armee als auch über den möglichen Kauf neuer Kampfflugzeuge an. Eine gute Gelegenheit für die Parteien, den Wählern ihr Verhältnis zur Armee darzustellen.

Armeefreunde im Aufwind

Die Sicherheitspolitiker treffen sich bereits heute und morgen in Rapperswil, um die militärpolitischen Weichen zu stellen. Dabei zeichnet sich ab, dass sich zahlreiche bürgerliche Politiker als besonders gute Freunde der Armee präsentieren wollen. Entsprechend locker gehen Versprechen über künftige Grösse und Stärke

über die Lippen – freilich ohne aufzuzeigen, wo das zusätzliche Geld denn herkommen soll.

Konkret geht es um den Armeebericht des Bundesrats. Die Landesregierung will eine Armee mit 80 000 Mann und einem Budget von 4,4 Milliarden Franken. Auf neue Kampfflugzeuge soll vorläufig verzichtet werden. Anders sieht dies der Ständerat: Anfang Juni sprach sich die kleine Kammer gegen den Widerstand von SP und Grünen für 100 000 Soldaten und tendenziell ein höheres Militärbudget (5,1 Milliarden Franken) aus. Zudem wurde der Bundesrat beauftragt, bis Ende nächsten Jahres aufzuzeigen, wie der Kauf von 22 neuen Kampfflugzeugen zum Maximalbetrag von 5 Milliarden Franken finanziert werden kann. Für weitere 1,2 Milliarden Franken sollen zudem «Ausrüstungslücken» geschlossen werden. Vieles deutet nun darauf

hin, dass die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats dieser ausgabefreudigen Linie folgen wird.

In einem Interview mit dem «Sonntags-Blick» rührte gestern auch Bundesrat Ueli Maurer die Werbetrommel: Das Verteidigungsdepartement könne die

Konjunktur stützen, indem etwa ein Kauf neuer Kampfflugzeuge vorgezogen würde, sagte Maurer, schränkte aber sogleich ein: «So gerne ich Flieger hätte – auch die lösen die Probleme der Exportwirtschaft nicht. Sie wären ein Tropfen auf den heissen Stein.»

SP droht mit Referendum

Die Linke wird mit ihren Versuchen, eine kleinere und günstigere Armee aufzustellen, auf verlorenem Posten stehen. Die SP will sich in der Kommission für eine 60 000 Mann starke Armee einsetzen, die Grünen wiederum wollen die Wehrpflicht abschaffen und eine Freiwilligenmiliz von 20 000 bis 40 000 Mann auf die Beine stellen – eine derzeit chancenlose Forderung. Die SP jedenfalls droht mit dem Referendum, sollte das Parlament für die Armee künftig mehr Geld ausgeben wollen als der Bundesrat.



Ueli Maurer

Bild: ky

Abkommen mit Deutschland kostet 500 Mio.

Für das Steuerabkommen mit Deutschland müssen die Banken tief in die Tasche greifen: «Wir rechnen für die Umsetzung mit Kosten von rund 500 Mio. Franken», sagte Patrick Odier, Präsident der Bankiervereinigung.

BERN. Kurz vor dem Abschluss sei ausserdem ein Vertrag mit Grossbritannien, sagte Odier in einem Interview mit der «Sonntagszeitung» weiter. «Ich hoffe, dass der Abschluss in den kommenden Wochen kommt.» Weitere Abkommen wünschen sich die Banken mit Italien, Frankreich und den USA.

«Ein Basismodell»

«Unsere Hoffnung ist, dass auch andere EU-Mitgliedstaaten mit der Schweiz schnell ähnliche Verträge aushandeln werden», sagte Claude-Alain Margelisch, CEO der Bankiervereinigung, in einem Interview mit der Zeitung «Der Sonntag».

Das Steuerabkommen mit Deutschland diene dabei als «Basismodell». Es sei richtig, dass das Bankgeheimnis künftig nicht mehr missbraucht werden solle, um Steuern zu hinterziehen. Es werde immer weniger Schwarzgeld in der Schweiz geben.

SPD kritisiert Abkommen

In Berlin hat die SPD damit gedroht, das von der Bundesregierung mit der Schweiz vereinbarte Steuerabkommen im Bundesrat zu Fall zu bringen. Aus heutiger Sicht sei eine Zustimmung der SPD «zu diesem reinen Ablasshandel sehr ungewiss», sagte Fraktionsvize Joachim Poss der Nachrichtenagentur dpa. Ausgehandelt worden sei eine «sehr spezielle Regelung für eine sehr spezielle Zielgruppe». Dies sei aber kaum mit dem Grundgesetz vereinbar, das eine gleichmässige, gerechte und transparente Beteuerung vorschreibe, sagte der SPD-Politiker. Deutschland und die Schweiz hätten sich am Mittwoch auf die Besteuerung von Kapitalerträgen ab 2013 geeinigt, die deutsche Bankkunden in der Schweiz erwirtschaften. Das bei Schweizer Banken deponierte Vermögen deutscher Kapitalflüchtlinge soll einmalig zu Pauschalsätzen nachversteuert werden. (sda)

Basel entschärft den Sex-Koffer

BERN. Nach Medienberichten über den sogenannten Sex-Koffer, der ab dem neuem Schuljahr an Basler Schulen im Aufklärungsunterricht zum Einsatz kommt, gab es massive Proteste. Nun hat der zuständige Regierungsrat Christoph Eymann eine Entschärfung des Koffers angeordnet. Insgesamt 3000 Briefe und Karten – die meisten davon vorgedruckt – seien bei ihm eingetroffen, sagte Eymann dem «Sonntags-Blick». «Ich nehme die Argumente der Kritiker ernst; ich habe eine Überprüfung des Koffers angeordnet.» Einige Dinge wurden laut Eymann entschärft: Bei einem Buch sei der Inhalt so explizit, dass man sich fragen könne, ob das notwendig sei. «Bei einem anderen Lehrmittel fand ich das Titelbild geschmacklos. Es kommt raus.» Eymann weiter: «Bei unserem Ziel aber bleiben wir: den Kindern beibringen, dass Sexualität etwas Natürliches ist. Ohne ihnen etwas aufzudrängen oder den Eltern etwas wegzunehmen.» (sda)